Nr. 65 2. Ausgabe Sonntag, 7. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13520, 13533, 13907, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Stellengesuche, 22 mm breit, M. 1.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preisaufschlag. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die internationale Anleihe

Es scheint Wahrheit zu werden, daß Deutschland auf Beschluß des Obersten Rates eine Anleihe auf den Weltmarkt bringen darf, um sich Rohstoffe und Lebensmittel zu beschaffen. Hiermit haben die französischen Chauvinisten eine empfindliche Niederlage erlitten. Ihre Gefolgschaft ist es ja gewesen, die im Jahre 1915 den Beschluß der berüchtigten Pariser Wirtschaftskonferenz durchgesetzt hat, den Wirtschaftskrieg mit Deutschland über das Ende des Waffenkampfes hinaus fortzusetzen. Auch jetzt noch scheint Frankreich verzweifelte Anstrengungen zu machen, um den Beschluß des Obersten Rates abzuwenden. Aber in den Ländern seiner Verbündeten sind Kulturgewissen und gesunde Vernunft doch inzwischen ausreichend erstarkt, um keine kurzsichtige Politik der Rache mehr mitmachen zu mögen.

Dieses Erwachen des internationalen Solidaritätsgefühls enthält eine bessere Bürgschaft gegen künftige Friedensstörungen als noch so pathetische Leitsätze der Völkerbundsverträge. Aus purer Sympathie für die deutsche Nation, mit der eben noch ein schwerer Krieg ausgefochten ist, wird kein englischer oder amerikanischer Geldmagnat seine hochwertigen Dollars herausgeben. Aber die klugen Leute in London und Washington begreifen ebensogut die Gefahr, die ein unter der Last seiner Verbindlichkeiten, unter Hunger und durch Rohstoffmangel verursachter Arbeitslosigkeit zusammenbrechendes Deutschland der Allgemeinheit bereiten würde — schon gegenwärtig spüren England und Frankreich am eigenen Leibe die schädlichen Einflüsse, die der aus der wirtschaftlichen Not geborene Radikalismus auf die unruhigen Geister bei ihnen zuhause übt — und sie verkennen auch nicht die Notwendigkeit, das Wirtschaftswesen eines Volkes zu unterstützen, dessen eigener und williger Teilnahme sie für die zu leistende Wiedergutmachung bedürfen. — Diesen nüchternen Erwägungen wird sich auf die Dauer auch die französische Regierung nicht verschließen können, zumal, da sie, wie die folgenden Meldungen zeigen, so gut wie allein mit ihrer ablehnenden Haltung steht, da aus London und besonders aus Italien nur zustimmende Erklärungen kommen.

* **Haag**, 6. März. Aus Paris wird gemeldet: Bartou hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht über die auswärtige Politik der Regierung. Die Regierung wird gebeten, sich stark zu zeigen bei der Durchführung des Friedensvertrages, der nicht geändert werden dürfe. Er bittet die Regierung, den Freunden und Bundesgenossen mitzuteilen, daß auch sie den Vertrag durchführen müssen. Die Interpellation wird am 18. März verhandelt werden müssen.

* **Basel**, 6. März. Aus London wird gemeldet, daß mit der Veröffentlichung des vom Obersten Rat ausgearbeiteten Memorandums über die wirtschaftlichen Fragen nicht zu rechnen sei, und zwar infolge der Haltung Frankreichs. Die französische Regierung lehne es ab, auf die Randstaaten Rußlands einen Druck auszuüben und mit Sowjetrußland Frieden zu schließen. Weiter macht Frankreich Vorbehalte in bezug auf die Absicht, Deutschland zur Ausgabe einer Anleihe im Auslande zu ermächtigen, da es befürchtet, der Zinsendienst für diese Anleihe könne die Wiedergutmachungsansprüche Frankreichs beeinträchtigen.

* **Rom**, 6. März. Die italienische Presse nimmt energisch Stellung gegen die Pariser Presse, deren bitteren Worte sie zurückweist. Der verhöhnliche Geist Nitti und Lloyd Georges gegen Deutschland, so erklärt „Corriere della Sera", sei nicht etwa die Ursache, sondern die Folge der schweren Krise, die die Täter des Versailler Vertrages verschuldet hätten. Die Verstocktheit der Clemenceau-Partei drohe, die politische und soziale Initiative künftig auf Deutschland und Rußland übergehen zu lassen.

Auch „Corriere d'Italia" schreibt, die Isolierung je Boykottierung Deutschlands durch eine übrichte Bundestapolitik würde den europäischen Kontinent in dauernder schwerster Gärung erhalten. Die Welt aber wolle Frieden, Ruhe und Arbeit, nicht die Fortsetzung des in Paris gepredigten verhängnisvollen Hasses. — Ein andres italienisches Blatt drückt seine Befriedigung über den Bankrott des Versailler Vertrages aus. Ein neuer europäischer Konzern unter Teilnahme Deutschlands und Rußlands sei in der Bildung begriffen, während die französische Hegemonie automatisch ausgeschaltet werde.

☞ **Paris**, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Lord Robert Cecil erklärte einem Vertreter der „Opinion", daß der Zusammenbruch Mitteleuropas eine katastrophale Wirkung auf ganz Europa ausüben und die Kulturstätten vernichten würde. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß Deutschland, der wichtigste mitteleuropäische Staat, zusammenbreche. Eine Abänderung des Versailler Vertrages sei nicht notwendig, doch müßten einige wichtige Bestimmungen einer Berichtigung unterzogen werden. Die von Deutschland zu zahlende Summe müsse endlich festgesetzt werden. Zum Schluß sprach sich Lord Cecil gegen eine Einverleibung des linken Rheinufers aus, da dadurch nur eine neue Revanche geschaffen werde.

Die aus allen Meldungen, wenn auch manchmal nur zwischen den Zeilen herauszulesende, Tatsache, daß das Entgegenkommen lediglich aus wirtschaftlichen Gründen gezeigt wird, berechtigt uns allein zu Hoffnungen, denn nur beim Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze in der Entente ist für uns etwas zu hoffen. Ein interessantes — wahrscheinlich aber nur ein interessantes — Schlaglicht wirft auf diese Gegensätze folgendes: Von einer wohlinformierten neutralen Stelle erfährt die „Kat.-Ztg." über die Vorgeschichte des wirklichen Manifestes des Obersten Rates die folgenden Einzelheiten: „Zwischen Deutschland und Amerika schwebten seit einiger Zeit Verhandlungen über eine langfristige Anleihe, die zur Beschaffung von Rohstoffen bewilligt werden sollte. Diese Verhandlungen waren bereits so weit gediehen, daß auch der Betrag des Kredits, 400 Millionen Dollar, festgesetzt war, als der englische Militärmission in Berlin über die schwebenden Verhandlungen an die englische Regierung berichtete. Auf diesen Bericht hin drang Lloyd George die Ansicht durch, daß eine Kreditgewährung Amerikas vermieden werden müsse, um damit zu verhindern, daß dadurch in Deutschland eine amerikafreundliche Stimmung und damit eine deutsch-amerikanische Annäherung zustande komme. Um die amerikanische Anleihe an Deutschland zu vereiteln, beschloß nun der Oberste Rat auf englischen Vorschlag, Deutschland selbst eine Anleihe zu gewähren. — Wie das genannte Blatt dazu weiter erfährt, scheint bei dem Obersten Rat überhaupt die Ansicht durchzudringen, daß der politische Einfluß Amerikas vom europäischen Kontinent ferngehalten werden müssen. Einen sehr großen Eindruck haben auf die englischen und auch auf die französischen Regierungskreise die Bemühungen amerikanischer Finanziers gemacht, deutschen und österreichischen Unternehmungen aufzuhelfen. Die Erkenntnis, daß die amerikanische Industrie sich dadurch in Europa einnisten würde, hat zu dem Beschluß des Obersten Rates nicht wenig beigetragen."

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Erklärung des Entgegenkommens des Obersten Rates müssen wir dem zitierten Blatte überlassen. Bezeichnend scheint uns auf jeden Fall zu sein, daß reichlich Anlaß zu solchen Kombinationen vorhanden ist.

Spanien im Völkerbund

× **Madrid**, 6. März. In der Kammer beantwortete der Minister des Aeußern verschiedene Anfragen, wobei er sagte, Spanien sei als erste Nation dem Völkerbunde beigetreten und gehöre als einzige neutrale Macht dem Rate des Völkerbundes an. Zu den angeblichen spanisch-französischen Differenzen im marokkanischen Gebiete von Muan, das von den Franzosen besetzt sei, obwohl die Uferhänge des Flusses Mulowa spanischer Besitz seien, sagte er, bei den Besuchen des französischen Generals Lianzen sei vereinbart worden, daß beide Nationen in diesem Teile das Interventionsrecht hätten. Die Angelegenheit sei einer Kommission überwiesen worden. Man könne daher nicht davon sprechen, daß Frankreich spanische Rechte verletzt habe.

*

Norwegens Beitritt

× **Christiania**, 6. März. Das amtliche Dokument, wodurch Norwegen seinen Beitritt zum Völkerbund ausspricht, ist vom König unterzeichnet worden. Es übersandt und vom norwegischen Gesandten in London übersandt und vom norwegischen Gesandten in London dem Generalsekretär des Völkerbundes Drumont überreicht werden. — Das Storthing hatte sich mit 100 gegen 20 Stimmen für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen.

*

Englische „Abrüstung"

☞ **Haag**, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Einer amtlichen englischen Mitteilung zufolge begibt sich Admiral Lord Jellicoe im Auftrage der englischen Regierung nach Indien, um mit den dortigen maßgebenden Stellen über die Bildung einer besonderen indischen Flotte zu beraten. Lord Jellicoe erklärte einem Anfrager, daß die Flotte noch in diesem Jahre gebildet und 20 Einheiten umfassen werde.

*

Um Konstantinopel

× **London**, 6. März. (Reuter.) Laut „Daily Telegraph" hat die Regierung angesichts der ernsten Lage beschlossen, Konstantinopel durch britische Land- und Seestreitkräfte besetzen zu lassen, und die französische und die italienische Regierung aufgefordert, daran teilzunehmen. Streitkräfte sind hinreichend vorhanden. — Lord Robert Cecil erklärte einem Pariser Journalisten, daß er dafür sei, Frankreich ein Verwaltungsmandat über Konstantinopel unter Kontrolle des Völkerbundes zu übertragen.

*

Um unsre Schiffe!

* **Genf**, 6. März. Der „Petit Parisien" meldet aus Lyon: Die Erklärung der Kapitäne der französischen Handelsmarine, daß sie die ihnen anvertrauten Schiffe lieber versenken, als an die Verbündeten hergeben werden, hat in England großen Eindruck gemacht. (?) Es scheint sich ein Stimmungsumschwung in der Schiffsfrage vorzubereiten.

* **Basel**, 6. März. „Daily Mail" meldet aus Paris: Die Ablieferung der restlichen deutschen Handelsschiffe hat bis Mitte April zu erfolgen, wie dem deutschen Geschäftsträger mitgeteilt wurde. Nach einer Meldung der Marine-Kontrollkommission in Berlin hat Deutschland noch 21 Handelsschiffe mit über 1700 Brutto-Tonnen abzuliefern.

Poincaré der Kriegstreiber

Im Laufe des Prozesses Caillaux, über den die Berichterstattung auffällig dürftig und schwerfällig ist, wurde die bemerkenswerte Tatsache hervorgehoben, daß Poincaré am 1. August 1914 auf die sofortige Kriegserklärung an Deutschland gedrängt habe. Caillaux erblickt darin den Beweis, daß Frankreich den Krieg gewollt hat. Für uns besteht schon längst kein Zweifel darüber, daß die treibenden Kräfte in Frankreich im Dienste der Kriegspartei standen. Man erkannte die Isolierung des Dreibundes, seine innere Schwäche und war entschlossen, die günstige Gelegenheit auszunutzen. Darüber ist man sich auch in einsichtigen englischen Kreisen völlig klar. Im übrigen ist es ja belanglos, ob Frankreich die Kriegserklärung losgelassen hat oder wir. Im Russisch-Japanischen Krieg sind bekanntlich die Flinten und Kanonen losgegangen, ohne daß überhaupt eine Kriegserklärung erfolgte. Die Weltgeschichte bekümmert sich leider nicht um staatsrechtliche Zeremonien und juristischen Formelkram. Auch wir sollten es aufgeben, fleißig darüber nachzugrübeln, ob nicht der Krieg hätte vermieden werden können, wenn etwa ... usw. Es hat wirklich keinen Zweck — der Caillaux-Prozeß gibt uns die Lehre!

Rumänisch-russische Friedensverhandlungen

+ **Hamburg**, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Einer Pariser Meldung des „Hamb. Fremdenbl." zufolge wird Rumänien der nächste Staat sein, der mit den Bolschewisten zum Friedensschluß zu gelangen sucht. Rumänien, das dabei unter dem besonderen Drucke von Lloyd George stehe, scheine aus dem Grunde mit Rußland Frieden schließen zu wollen, so daß England seinen antirussischen Widerspruch gegen die Einverleibung Bessarabiens nun zurücknehme und die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien als vollendete Tatsache anzusehen ist. In Paris wird angenommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen Rumänien und Rußland noch vor Ostern in Rom beginnen werden.

Demokratisierung in Japan

☞ **Haag**, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Englischen Blättermeldungen zufolge hat sich die War in Japan derart zugespitzt, daß sich nunmehr die Regierung genötigt gesehen hat, der Opposition im japanischen Reichstag in der Frage, die seit Wochen im Brennpunkt des politischen Kampfes steht, der Wahlreform entgegenzukommen. Eine Tokioser Meldung besagt nämlich, daß sich die Regierung grundsätzlich mit der Handhabung des allgemeine Wahlrechts einverstanden erklärt hat. Dieses Zurückweichen der maßgebenden japanischen Kreise vor den Regierungsgegnern hat eine um so größere Bedeutung, wenn man die letzten Ereignisse in Japan berücksichtigt. Dort spielt sich seit langem ein harter Kampf um das allgemeine Wahlrecht ab, der auch zu schweren Unruhen im ganzen Lande führte, da die Regierung in dieser Frage stets einen ablehnenden Standpunkt einnahm.

Inzwischen erfuhr die Lage eine weitere Verschärfung und drohte zu schweren innerpolitischen Verwicklungen zu führen. Angesichts dieser Verhältnisse sah sich die Regierung gezwungen, ihre schroffe Stellungnahme aufzugeben und der Opposition entgegenzukommen. Das Nachgeben der Regierung in der Wahlreformfrage kann also nur so ausgelegt werden, daß sie ein Weiterumsichgreifen der Bewegung und damit einen bolschewistischen Umsturz, der sich ohne Zweifel vorbereitete, die Spitze abbrechen wollte. Sie versucht zwar ihre Einwilligung dadurch etwas einzuschränken, daß sie vorerst das allgemeine Wahlrecht nur bei Kreis- und Gemeindewahlen ausgeübt sehen will. Doch auch in diesem Punkt findet sie bei ihren Gegnern in der Volksvertretung kein Entgegenkommen. Diese verlangen vielmehr entschieden, daß schon bei den nächsten Reichstagswahlen der neue Wahlmodus Anwendung finden soll. Es steht zu erwarten, daß die Regierung auch in dieser Frage dem Wunsche der Opposition, die einen starken Rückhalt im ganzen Lande hat, wird entsprechen müssen.

*

Unruhen in Japan

× **London**, 6. März. Man berichtet dem „Daily Expreß" aus Tokio vom 21. Februar: Eine bolschewistische Erhebung sei auf der Sachalin-Insel ausgebrochen. Man habe dorthin Kriegsschiffe entsandt.

× **Osaka**, 24. Februar. (Reuter.) In den Tawata-Eisenwerken ist es infolge Ausstandes zu heftigen Zusammenstößen gekommen.

Ein Höllenmaschinen-Attentat

T. **Sofia**, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Der zur Kadettenpartei gehörende russische Schriftsteller Ries hielt am Mittwoch einen Vortrag über das alte und neue Rußland. Unmittelbar vor dem Beginn des angekündigten und massenhaft besuchten Vortrages explodierte im Saale eine dort eingeschmuggelte Höllenmaschine. Vier Personen wurden sofort getötet, zehn Personen lebensgefährlich verletzt, von denen zwei noch im Laufe des Abends ihren Verletzungen erlagen. Es heißt, daß im Laufe der Nacht noch eine Anzahl Leichen aus den Trümmern geborgen wurde. Das Attentat ist auf anarchistische Umtriebe zurückzuführen. Zahlreiche Verhaftungen, auch unter dem technischen Personal des Theaters, wurden vorgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Das Ende der portugiesischen Ausstände

× **Vigo**, 6. März. Die Forderungen der Eisenbahner sind bewilligt worden. Der Zugverkehr ist in Portugal wiederhergestellt.

× **Paris**, 6. März. Nach dem „Journal" sind gestern in Paris offizielle Nachrichten aus Lissabon eingetroffen. Hiernach hat die Ausstandsbewegung keinen politischen Charakter.

*

Ausstände in den norwegischen Häfen

× **Kopenhagen**, 6. März. „National-Tidende" meldet aus Christiania: Gestern abend ist in den westlichen norwegischen Häfen ein Teilstreik der Hafenarbeiter ausgebrochen, der alle Schiffe und Schiffsladungen betrifft. Die Veranlassung des Ausstandes ist ein Streik der Hafenarbeiter im Hafen von Bergen.

Die Schlichtungsordnung

* **Berlin**, 6. März. Der Entwurf der Schlichtungsordnung ist nunmehr vom Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und geht in diesen Tagen den obersten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder zu. Es ist beabsichtigt, noch vor der Einbringung des Gesetzentwurfes im Reichsrat die Schlichtungsordnung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft und dem Zentralverbande der wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingehend zu besprechen.

In dem Entwurf sind u. a. vorgesehen: Schlichtungsausschüsse, Landschlichtungsausschüsse und ein Reichseinigungsamt. Des weiteren sollen alle Schlichtungsausschüsse jetzt einen unparteiischen Vorsitzenden erhalten. Die Schlichtungsordnung zieht einen scharfen Trennungsstrich zwischen den Einigungsverfahren vor den Schlichtungsausschüssen und der Spruchtätigkeit. Gegen die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse und der Landschlichtungsausschüsse ist Revision wegen Verletzung des materiellen oder prozessualen Rechtes zugelassen. Weiter ist dem Schlichtungsausschuß nach den vorläufigen näheren Bestimmungen in den Verordnungen über Beschäftigung Schwerbeschädigter und Anstellung und Entlassung von Arbeitern während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung die Befugnis eingeräumt, Geldbußen zu verhängen.

*

Die Ueberschichten im Bergbau

* **Berlin**, 6. März. Am Montag beginnen die Verhandlungen über die Erneuerung des Ueberschichtenabkommens. Außer den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau werden an diesen Verhandlungen Reichsarbeitsminister Schlicke, dessen Referent für Bergbau, Regierungsrat Bodenstein, Eisenbahnminister Oeser, Reichspostminister Giesberts und ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums teilnehmen.

Zusammentritt des Reichswirtschaftsrates

+ **Berlin**, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird der Reichswirtschaftsrat am kommenden Mittwoch zu einer Tagung von besonderer Wichtigkeit zusammentreten. Es ist eine allgemeine Erörterung der wirtschaftlichen Lage vorgesehen, an der sich auch Mitglieder der bundesstaatlichen Regierungen beteiligen werden.

Das preußische Verfassungsproblem

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

(Nachdruck verboten)

Später als in manchen andern deutschen Ländern ist in Preußen der Entwurf der neuen freistaatlichen Verfassung der verfassunggebenden Landesversammlung zugegangen. Und das Schicksal, das ihn hier erwartet, ist noch ungewiß. Das ist durchaus begreiflich. Denn wie Preußen nach Größe und Art als Einzelstaat mit keinem andern deutschen Lande einfach gleichzustellen ist, so ist es mit seiner neuen Verfassung vor ein Problem gestellt, das in solcher Gestalt für keines der übrigen Länder bestand. Dies Problem ist scheinbar ein doppeltes: sein Verhältnis zum Reich und zu seinen Provinzen. In Wahrheit sind das aber nur zwei Seiten des einheitlichen Problems: Wie kann sich der Großstaat Preußen unter den völlig veränderten Verhältnissen in die neue Gestaltung Deutschlands einfügen?

Die kräftige Ausdehnung der Reichszuständigkeit und die stärkere Zusammenfassung der Reichsorganisation, wie sie in der Weimarer Reichsverfassung durchgeführt sind, machen sich zwar gegen alle Länder geltend; aber bei Preußen doch noch in ganz besonderer Art. Was die Länder an Selbständigkeit einbüßen, das gewinnt das sie alle umschließende Reich, hinter dessen Firma sich nicht mehr — wie früher — die am letzten Ende ausschlaggebende preußische Hegemonie verbirgt. Je deutlicher und klarer sich diese entscheidende Wandlung herausarbeitet und je unzweifelhafter sich die Tatsache herausstellt, daß heute nicht mehr wie einst die Stärkung des Reiches gleichbedeutend mit Verpreußung ist, desto leichter und schmerzloser werden sich die alt überkommenen Widerstände gegen die notwendige Stärkung des nationalen Staates überwinden lassen. Aber für Preußen selbst bedeutet nun eben jene Wandlung ein völlig verändertes Verhältnis zum Reich. Es ist nicht mehr der das Reich tatsächlich leitende Präsidialstaat, sondern ein Land gleich allen andern Ländern. Wenigstens soll es das von Rechts wegen sein. Aber kann ein Land, das allein sehr viel größer ist als alle andern zusammengenommen, das also für sich allein den größeren Teil des ganzen Reiches bildet, in seinem Verhältnis zu diesem Reich all den andern tatsächlich gleichgestellt sein? Wenn bei der Stimmverteilung im Reichsrat Preußen den andern Ländern wirklich gleichgestellt würde, so hätte es für sich allein die Mehrheit; die andern könnten also zu Hause bleiben. Deshalb mußte Preußen hier rechtlich schlechter gestellt werden als alle andern.

Das war freilich früher im Bundesrat auch der Fall; aber damals wurde dies mehr als ausgeglichen durch seine Präsidialbefugnisse, durch die Verbindung in der Person der Monarchen und in den beiden Regierungen. Diese Einrichtungen sind fortgefallen und nicht wieder herzustellen, wenn man nicht die preußische Hegemonie wieder herstellen will. Preußen muß also seine Verfassungsorganisation jetzt, losgelöst von der des Reiches, abschließen; und doch steht es dabei dem Reiche unfreier gegenüber als jedes andre deutsche Land. Hier wäre ein Landespräsident als abschließende Spitze der Verfassungsorganisation zwar unerwünscht und vielleicht unzweckmäßig, doch wohl kaum eine ernstliche Reichsgefahr; ein preußischer Staatspräsident neben dem Reichspräsidenten wäre eine sehr ernstliche Reichsgefahr und ist deshalb eine politische Unmöglichkeit. Eine unmittelbar vom Landtag gewählte Landesregierung ist für alle übrigen Länder die durchaus zweckmäßige und geeignete Lösung; für den Großstaat Preußen ist sie es nicht aus ähnlichen Gründen, wie sie es für das Reich nicht gewesen wäre.

Die Stärkung der Reichskompetenz und Reichsorganisation geht Hand in Hand mit einer kräftigen Dezentralisation, die den Ländern die Stellung höchstentwickelter autonomer Selbstverwaltungskörper gibt. Allen andern Ländern, nur der Großstaat Preußen, der weit mehr als die Hälfte des ganzen Reiches umfaßt, fügt sich in diese Stellung nicht ein. Denn er ist selbst ein zentralisierter Einheitsstaat, dessen Provinzen an Größe und landschaftlicher Eigenart den größeren unter den andern deutschen Ländern durchaus ebenbürtig sind. Weshalb Rheinland und Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen eine so völlig andre Stellung zum deutschen Nationalstaate haben müssen, als Württemberg oder Baden, Sachsen oder Mecklenburg, das ist eine Frage, die sich nach der Staatsumwälzung natürlich aufdrängt. Und wenn es Gründe dafür gibt, daß sich zwischen jene Landschaften und das Reich noch eine Zwischeninstanz einschiebt, so wird die Frage um so dringender, ob im Gegensatz zum dezentralisierten Reich dieser preußische Zwischenstaat so zentralisiert sein und bleiben muß, daß jene Landschaften nicht einmal zu ihm eine ähnliche Stellung haben, wie die übrigen Länder unmittelbar zum Reiche.

Das sind die beiden Seiten des preußischen Verfassungsproblems. Wie der jetzt herausgekommene Entwurf sich zu diesem doppelseitigen Problem stellt, das gibt ihm sein politisches Gepräge; denn von der Lösung dieses Problems hängt die politische Entwicklung Preußens und Deutschlands ab. Da keine Antwort auch eine Antwort ist, so charakterisiert sich der Entwurf politisch dadurch, daß er das Problem überhaupt nicht berührt. Der offenkundige Notbehelf des „Finanzrates" geht um die eine Seite des Problems herum und die Vertröstung auf eine künftige Selbstverwaltungsgesetzgebung geht um die andre Seite herum. Diese Vertröstung wäre auch ohne das trostlose Schicksal des sogenannten Autonomiegesetzes unzulänglich. Sicherlich liegt auch diesem negativen Verhalten des Entwurfs ein politischer Gedanke zugrunde. Es ist der alte Gedanke, daß die feste Geschlossenheit der zentralisierten preußischen Verwaltung das Rückgrat im lockeren Gefüge des Reiches bildet; daß sich allmählich dieser preußische Einheitsstaat zum deutschen Einheitsstaat auswachsen könne, wie sich Brandenburg zum preußischen Großstaat ausgewachsen habe. Wem dieser Glaube durch alle Tatsachen der Erfahrung nicht erschüttert ist, dem wird er durch Gründe nicht erschüttert werden. Aber das Festhalten an diesem Glauben droht nach allen Zeichen der Zeit dahin zu führen, daß das Gefüge des preußischen Einheitsstaates durch plötzliche Erschütterungen zerrissen und dadurch unter Umständen auch die Grenzen des Reiches gefährdet werden.

Durch sein Aufgehen im Reiche vollendet Preußen auf den Wegen der neuen Zeit seinen deutschen Beruf, indem es die dezentralisierung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920030702/1